

Editorial

CH-EU: ein positives Signal aussenden



In dieser Session werden wir im Ständerat über die Freigabe des zweiten Schweizer Kohäsionsbeitrags an ausgewählte EU-Mitgliedstaaten entscheiden.

Nach dem Abbruch der Verhandlungen eines institutionellen Rahmenabkommens will der Bundesrat mit einer raschen Freigabe dieses Beitrags bekräftigen, dass die Schweiz weiterhin eine verlässliche Partnerin ist. Damit soll die Basis für die Fortführung des bilateralen Wegs und für Fortschritte in verschiedenen Dossiers der Zusammenarbeit Schweiz-EU gelegt werden.

Die APK-S setzte sich mit den Chancen und Risiken auseinander und teilt die Haltung des Bundesrates, wonach mit der raschen Umsetzung dieses Beitrags ein positives Signal in Richtung der EU ausgesendet wird. Die Rahmenkredite von gut 1,3 Mia. Franken sollen zur Verringerung wirtschaftlicher Ungleichheiten und zur besseren Bewältigung von Migrationsbewegungen beitragen.

Da die EU diesen Beitrag als eine Bedingung nennt, um mit der Schweiz über eine Assoziierung an Horizon Europe zu verhandeln, ist die Vorlage auch für unseren Forschungs- und Innovationsplatz von zentraler Bedeutung. Schweizer Forschende und KMU sind aktuell aus den bedeutendsten Teilen des EU-Forschungsprogramms ausgeschlossen. Das Parlament kann nun mithelfen, den Weg für eine mögliche Beteiligung an Horizon Europe zu ebnet.

Andrea Gmür-Schönenberger
Ständerätin,
Mitglied Politikteam FUTURE

Horizon Europe

Die Schweiz bleibt aussen vor

Das Rahmenprogramm für Forschung und Innovation der Europäischen Union «Horizon Europe» für die Jahre 2021-2027 ist angelaufen, die Ausschreibungen wurden lanciert. Indes fanden noch keine Verhandlungen für eine Schweizer Beteiligung statt und die Schweiz gilt als nicht-assoziiertes Drittstaat. Dieser Zustand ist für die Forschenden und für innovative Unternehmen in der Schweiz verheerend. Unser Forschungsplatz droht den internationalen Anschluss zu verlieren.

Das global umfassendste Forschungs- und Innovationsförderprogramm mit dem Namen Horizon Europe und einem Projektvolumen von rund 95 Milliarden Euro ist vor den Türen der Schweiz gestartet, doch der Zugang für hier tätige Wissenschaftlerinnen und Innovatoren ist sehr beschränkt.

Schweiz als nicht-assoziiertes Drittstaat
Ende Juni 2021 lancierte die Europäische Kommission die Ausschreibungen für die Projekteingaben im Rahmen des neunten EU-Forschungsrahmenprogramms (FRP) Horizon Europe für die Jahre 2021-2027. Zu diesem Zeitpunkt hatten noch keine Verhandlungen für eine Schweizer Assoziierung stattgefunden. Zwei Wochen später liess die Europäische Kommission verlauten, dass sie die Schweiz bei Horizon Europe gegenwärtig als nicht-assoziiertes Drittstaat einstufe.

Der Status eines nicht-assoziierten Drittstaats bedeutet, dass den Akteuren der Bereiche Forschung und Innovation we-

sentliche Bestandteile des FRP entgehen. Sie können sich nur in beschränktem Ausmass an den Ausschreibungen von Horizon Europe beteiligen. So sind etwa Teilnahmen an hochdotierten Einzelprojekten des Europäischen Forschungsrates (ERC), der Marie Skłodowska Curie Aktionen und des neuen Europäischen Innovationsrates (EIC) prinzipiell nicht mehr möglich. Ein weiteres wichtiges Defizit im momentanen Drittstaat-Modus ist die Unmöglichkeit der Projektkoordination. Um die Entwicklung der Spitzenforschung und des Innovationsraums mitzugestalten und eigene Schwerpunkte zu setzen, müssen in der Schweiz tätige Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie auch KMU Forschungs- und Innovationsprojekte leiten können.

Für Forschende und Innovationsakteure in der Schweiz ist diese Unsicherheit bezüglich der zukünftigen Teilnahmemöglichkeiten am Europäischen Forschungsraum unhaltbar. Die Schweiz kann die Bedeutung und den Umfang dieses multilateralen Netzwerks und Ideenwettbewerbs nicht mit eigenen Fördermassnahmen simulieren. Dies wiederum macht den Forschungs- und Innovationsstandort Schweiz als Ganzes unattraktiv.

Wie weiter?

Der Bundesrat unterstreicht, dass weiterhin eine vollständige Assoziierung ans FRP angestrebt werde – was dem Status im Vorgängerprogramm «Horizon 2020» entspricht. Die Verhandlungen mit der EU konnten jedoch noch nicht aufgenommen werden. Die Europäische Kommissi-

Einladung zu einem informellen Austausch

Am Montag, 20. September 2021, stehen Vertreterinnen und Vertreter der BFI-Organisationen den Parlamentsmitgliedern für weitere Informationen und Diskussionen zur Verfügung. Der Austausch findet von 15.00 bis 17.00 Uhr im Kommissionszimmer 6 statt.

on nennt als Bedingungen die Zahlung des zweiten Kohäsionsbeitrags an ausgewählte EU-Mitgliedstaaten und den Abschluss eines sogenannten «Specific Agreement» zur Regelung der Schweizer Beteiligung an EU-Programmen. Die Ausgestaltung der Übergangsmassnahmen für die Periode bis zur angestrebten Vollasoziiierung wurde seitens des Bundesrates und des zuständigen Staatssekretariats für Bildung, Forschung und Innovation noch nicht kommuniziert.

In den parlamentarischen Kommissionen wird indes Druck gemacht. Sowohl die nationalrätliche Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur (WBK-N) als auch die Aussenpolitische Kommission des Nationalrats (APK-N) luden den Bundesrat in einem Brief ein, so rasch wie möglich Verhandlungen für eine Vollasoziiierung an Horizon Europe zu führen. Die WBK-N forderte zudem einen aktiven Informationsfluss zuhanden der Hochschulen und der Forschungs- und Innovations-

förderinstitutionen. Diese sollen über den Fortschritt der Verhandlungen sowie allfällige Begleitmassnahmen auf dem Laufenden gehalten werden. Die BFI-Akteure begrüssen diese Forderung, denn sie sind die Ansprechpartner der Forschenden und der KMU mit innovativen Projektideen. Sie müssen ihnen mit Informationen und Rat zur Seite stehen, sie über die aktuellen Teilnahmemöglichkeiten und -unmöglichkeiten aufklären und ihnen für die nahe Zukunft eine Perspektive bieten können.

Revision FIGG

Innosuisse soll mehr Spielraum erhalten

Nachdem der Nationalrat die Änderung des Bundesgesetzes über die Förderung der Forschung und der Innovation (FIGG) in der Sommersession beraten hat, kommt das Geschäft nun in den Ständerat. Der Nationalrat sowie auch die Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Ständerates (WBK-S) unterstützen die angestrebte Flexibilisierung und Ausweitung des Handlungsspielraums der Schweizerischen Agentur für Innovationsförderung Innosuisse. Diese soll mit der Revision des FIGG die Förderung von Innovation in klar definierten Bereichen flexibler gestalten und vermehrt auf den Einzelfall eingehen können.

Bei der Förderung von Innovationsprojekten, die gemeinsam von einem Forschungspartner und einem Umsetzungspartner aus der Wirtschaft durchgeführt werden, schlägt der Bundesrat eine neue Aufteilung der Finanzierung vor. Die zurzeit geltende je hälftige Beteiligung soll durch eine Bandbreite von

40 bis 60 Prozent der Gesamtprojektkosten ersetzt werden. Der Nationalrat stimmte dafür, diese Spanne der Eigenleistung von Umsetzungspartnern auf 30 bis 50 Prozent herabzusetzen. Die ständerätliche WBK empfiehlt ihrem Rat, an der Version des Bundesrates festzuhalten.

Sowohl der Nationalrat als auch die WBK-S plädieren für eine Erhöhung der Reserveobergrenze der Innosuisse und des Schweizerischen Nationalfonds von 10 auf 15 Prozent des Jahresbudgets respektive des jährlichen Bundesbeitrags. Ziel ist die Erhöhung der Planungssicherheit und der finanziellen Flexibilität der Organisationen. Angesichts der langfristigen Ausrichtung der Forschungs- und Innovationsförderung sind das wesentliche Voraussetzungen.

In der Sommersession unterstützte die grosse Kammer ausserdem einen Antrag ihrer Kommission, wonach als Stipendien an Nachwuchsforschende ausgerich-

tete Förderbeiträge nicht der Besteuerung unterliegen sollen. Die WBK-S lehnt diese Steuerbefreiung ab.

Die kleine Kammer wird zudem über einen von der WBK-S beantragten neuen Absatz befinden, welcher der Innosuisse mehr Spielraum bei der Förderung von Schweizer Unternehmen erteilen soll, sofern diesen der Zugang zu Förderangeboten des EU-Rahmenprogramms «Horizon Europe» verwehrt wird. Der Absatz fokussiert auf die Förderung von Innovationsprojekten von Jungunternehmen und KMU, die eine rasche und effiziente Vermarktung ihrer Innovation und entsprechendes Wachstum avisieren. Die Kommission nahm den Antrag mit 10 zu 0 Stimmen bei einer Enthaltung an.

IN KÜRZE

SKAO: WBK-N unterstützt Schweizer Beteiligung

Die Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Nationalrats (WBK-N) unterstützt die Erhöhung des Verpflichtungskredits für eine Beteiligung der Schweiz an der Organisation «Square Kilometre Array Observatory» (SKAO) um 24,7 Millionen Franken. Der Bundesrat beantragt dem Parlament diese Aufstockung, um die Vollmitgliedschaft bis im Jahr 2030 sicherzustellen. Im Rahmen der BFI-Botschaft 2021–2024 bewilligte das Parlament 8,9 Millionen Franken für den Beitritt zur SKAO. Mit dem empfindlichsten Radioteleskop des 21. Jahrhunderts soll die Entstehung der ersten Sterne und Galaxien erforscht werden. Der Nationalrat entscheidet in der Herbstsession über die Vorlage.

Günther Dissertori wird Rektor der ETHZ

Der ETH-Rat ernannte den 52-jährigen Günther Dissertori auf Antrag des Präsidenten der Eidgenössischen Technischen Hochschule (ETH) Zürich zu deren neuen Rektor. Der Professor für Teilchenphysik wird die Nachfolge von Sarah Springman antreten, welche per 31. Januar 2022 altershalber zurücktreten wird. Als Rektor wird Günther Dissertori in der Schulleitung der ETH Zürich für die Belange der Lehre zuständig sein.

GPE: Unterstützung erneuert

Der Bundesrat entschied, die Globale Partnerschaft für Bildung (Global Partnership for Education, GPE) weiterhin zu unterstützen. Die Schweiz stellt der Organisation in den Jahren 2021–2025 einen Beitrag von 52 Millionen Franken zur Verfügung. Die GPE ist eine wichtige multilaterale Partnerin der Schweiz zur Umsetzung ihrer Ziele der internationalen Zusammenarbeit im Bildungsbereich. Sie unterstützt den Fonds seit dem Jahr 2009 und ist Mitglied des Verwaltungsgremiums.

Schweiz ist Innovationsführerin

Die Europäische Kommission veröffentlichte den Europäischen Innovationsanzeiger 2021. Dieser führt die Schweiz als innovativstes Land Europas auf. In insgesamt sieben Indikatoren, die neu auch Digitalisierung und ökologische Nachhaltigkeit berücksichtigen, schnitt die Schweiz am besten ab. Der Bericht weist für die gesamte EU eine gesteigerte Innovationsleistung von 12,5% seit 2014 aus. Auf globalem Niveau erzielte die EU eine bessere Leistung als China, Brasilien, Südafrika, Russland und Indien.

Förderprogramm für Arzneimittel

In Zusammenarbeit mit der Schweizerischen Agentur für Innovationsförderung Innosuisse eröffnete das Bundesamt für Gesundheit (BAG) die Ausschreibung für ein Programm zur Förderung von Forschung, Entwicklung und Herstellung von Covid-19-Arzneimitteln. Unternehmen, Hochschulen und Spitäler können ihre Projekte bis zum 16. August 2021 einreichen. Das Programm wird mit 50 Millionen Franken finanziert und ist bis Ende 2022 befristet.

Kompetenznetzwerk Künstliche Intelligenz

Der Bundesrat beschloss, ein «Kompetenznetzwerk Künstliche Intelligenz» (KNW KI) aufzubauen. Indem Expertenwissen gesammelt, systematisiert und vernetzt wird, soll Künstliche Intelligenz gefördert und in der Bundesverwaltung stärker genutzt werden. Die dazugehörige Geschäftsstelle wird beim Bundesamt für Statistik angesiedelt. Das Netzwerk soll im Frühjahr 2022 operativ sein.

WSL: Beate Jessel ist Direktorin

Der Bundesrat wählte am 4. Juni 2021 Beate Jessel zur neuen Direktorin der Eidgenössischen Forschungsanstalt für Wald, Schnee und Landschaft (WSL). Die 59-jährige Professorin für Landschaftsplanung und -entwicklung hat ihr Amt am 1. September 2021 angetreten. Sie folgte auf Konrad Steffen, der im August 2020 tödlich verunglückt war.

ETHZ und EPFL in den Top 15

Das QS World University Ranking führt die beiden Eidgenössischen Technischen Hochschulen Zürich (ETHZ) und Lausanne (EPFL) für das Jahr 2022 erneut in den Top 15 auf. Die ETHZ rangiert auf Platz 8, die EPFL verteidigt Rang 14. Die beiden ETH sind somit die führenden Hochschulen Kontinentaleuropas. Unter den Top 200 rangieren auch die Universitäten Zürich (70), Genf (105), Bern (119), Basel (138) und Lausanne (176). Die Universität der italienischen Schweiz erreicht Platz 240, die Universität St. Gallen Platz 459 und die Universität Freiburg ist im Bereich 561–570 klassiert.

Erfolgreiche Förderinitiativen

Die zwei Anfang des Jahres 2021 neu lancierten Förderinitiativen der Schweizerischen Agentur für Innovationsförderung Innosuisse sind erfolgreich gestartet. Im Rahmen des Impulsprogramms «Innovationskraft Schweiz» bewilligte der Innovationsrat von Innosuisse im ersten Halbjahr 72 wissenschaftsbasierte Innovationsprojekte von KMU. Die erste Ausschreibung der «Flagship-Initiative», die Impulse für systemische Innovation setzen soll, resultierte in 78 Vorträgen. Deren 33 Konsortien empfahl der Innovationsrat, einen vollständigen Antrag einzureichen. Die ersten Flagships starten nach dem definitiven Entscheid über die Förderungen Anfang Oktober 2021.

Impressum

© Netzwerk FUTURE 2021

Münstergasse 64/66, 3011 Bern
T 031 351 88 46
info@netzwerk-future.ch
www.netzwerk-future.ch

Das Netzwerk FUTURE fördert den Dialog zwischen Politik und Wissenschaft. Wiederverwendung der Artikel sind unter Quellenangabe erlaubt.